



Rülke und Grimm: Musikhochschulen als vollwertige Hochschulen erhalten

Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, und der Tuttlinger FDP-Abgeordnete **Leo Grimm** sagten in einer von der FDP-Landtagsfraktion beantragten Aktuellen Debatte zum Thema „Frau Bauers Missgriff und Herrn Kretschmanns Rückpfeiff – wie geht es weiter mit den Musikhochschulen?“:

„Es wird jetzt höchste Zeit, die Reform der Musikhochschullandschaft anzugehen und gemeinsam mit allen fünf Musikhochschulen, ihren Studierenden, den Musikvereinen, Musikschulen und betroffenen Institutionen ein tragfähiges Konzept zu entwickeln. Von den betroffenen Musikhochschulen ist schon zu hören, dass Anträge auf Fördermittel oder Berufungen auf Eis gelegt werden, weil durch die missglückte Debatte keine Planungssicherheit mehr besteht. Diesen Zustand gilt es im Interesse der Betroffenen zügig zu beenden.

Die FDP hält eine Zusage für unbedingt erforderlich, dass alle fünf Standorte vollwertige Musikhochschulen mit dem Angebot einer klassischen Musikausbildung bleiben. Nicht nur der Rechnungshof hat der dezentralen Musikhochschulstruktur wegen ihrer effizienten Arbeit und der Versorgung der zahlreichen Musikvereine und –institutionen mit kompetenten Musikerinnen und Musikern ein gutes Zeugnis ausgestellt. Für die anstehenden Gespräche bedarf es auch einer Basis des Vertrauens, das in der Debatte der vergangenen Monate verloren ging.

Die FDP-Landtagsfraktion schlägt ausgehend vom Vorstoß des Rechnungshofs vor, das für alle fünf Hochschulen ermittelte Einsparpotenzial nochmals eingehend auf seine Realisierbarkeit zu prüfen und den Musikhochschulen Globalbudgets zuzuweisen, die sich an der jeweiligen Zahl der Studierenden bemessen und über die die Hochschule eigenständig verfügen kann. Wenn somit konsequent das Prinzip „Geld folgt Student“ angewandt würde, wären die Musikhochschulen Pioniere einer Hochschulfinanzierung, die für alle Hochschulen ein Zukunftsmodell sein könnte.

In Verbindung mit allgemeinen Studiengebühren, nachlaufend und sozialverträglich gestaltet in den grundständigen Studiengängen, und der konsequenten Erhebung von Studiengebühren in den weiterbildenden Studiengängen, wäre eine stabile Finanzierungsgrundlage geschaffen.

Dies würde wie auch immer geartete und rechtlich wie politisch höchst problematische Quoten für ausländische Studierende überflüssig machen. Es würde gleiches Recht für alle Bewerber gelten, was für die Internationalität unserer Musikhochschulen wie für die Gewinnung talentierter Musikerinnen und Musiker gleichermaßen wichtig ist.“

Mediendienst

Stuttgart, 25. September 2013

Freie Demokraten



Landtagsfraktion
Baden-Württemberg **FDP**